

Inhaltsübersicht

Abkürzungsverzeichnis	21
A. Einführung	25
I. Industrial Relations: Begriff und wissenschaftlicher Fokus	25
II. Industrial Relations der Schweizerischen Eidgenossenschaft als Untersuchungsgegenstand	36
B. Bundesstaatsgründung 1848 und Ausgangssituation für die Entwicklung der Industrial Relations	59
I. Verhältnisse in der Schweiz vor Gründung des Bundesstaates	59
II. Bundesstaatliche Grundordnung nach der Bundesverfassung von 1848	63
III. Anfänge kollektiver Interessenorganisation auf Arbeitnehmer- und Arbeitgeberseite	69
IV. Fazit zur Ordnung der schweizerischen Arbeitswelt im 1848 gegründeten Bundesstaat	77
C. Entwicklung der Industrial Relations unter der totalrevidierten Bundesverfassung von 1874	79
I. Verhältnis des Staats zur Wirtschaft im Lichte der Handels- und Gewerbefreiheit	79
II. Aufbau eines bundesstaatlichen Ordnungsrahmens für die Arbeitswelt	86
III. Organisierung sozialpolitischer Interessenverbände und kollektiver Arbeitsmarktakteure	107
IV. Revision des bundesstaatlichen Ordnungsrahmens ab der Wende zum 20. Jahrhundert	117
V. Landesstreik von 1918 und die veränderte Sicht auf die Arbeitswelt	137
VI. Internationalisierungsimpuls durch die Mitgliedschaft der Schweiz in der IAO ab 1919	151
VII. Wirkung von Krisen- und Kriegszeiten auf die Entwicklung der Industrial Relations	163

D. Entwicklung der Industrial Relations nach Teilrevision der Bundesverfassung 1947	199
I. Neubewertung der Rolle des Staates durch die Revision der Bundesverfassung	199
II. Konsolidierung und Ausbau des bundesstaatlichen Ordnungsrahmens für die Arbeitswelt	221
III. Die zunehmende Bedeutung der Volksinitiative als Mittel zur Gestaltung der Arbeitswelt	274
IV. Europäisierung, Flexibilisierung, Veränderung der Verbandslandschaft	312
E. Die Industrial Relations im Lichte der totalrevidierten Bundesverfassung von 1999	358
I. Grundaussagen der Wirtschaftsverfassung über die Ordnung der Arbeitswelt	359
II. Sonderordnung des Arbeitsmarktes: Koalitions- und Arbeitskampffreiheit	362
III. Ziele, Aufgaben und Kompetenzen des Staates im Bereich der Arbeit	367
IV. Fazit zu den Wirkungen der revidierten Arbeitsverfassung	370
F. Schlussbemerkungen	372
Literaturverzeichnis	383
Verzeichnis zitierter Dokumente des Bundesrates	401

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	21
A. Einführung	25
I. Industrial Relations: Begriff und wissenschaftlicher Fokus	25
1. Die Schwierigkeit, Industrial Relations beim deutschen Namen zu nennen	25
2. Eine historische Begriffsannäherung	28
3. Gründe für das Fehlen einer originär deutschen Begrifflichkeit	30
4. Wissenschaftliche Einordnung der IR-Forschung aus historischer Sicht	31
5. Frühe Richtungsspaltung und Krise der IR-Forschung	33
6. Das grundlegende Dilemma der Industrial Relations als Querschnittswissenschaft	34
II. Industrial Relations der Schweizerischen Eidgenossenschaft als Untersuchungsgegenstand	36
1. Einführender Blick auf die Dimensionen der Arbeitswelt der Schweiz	37
a) Erwerbstätigkeit und Erwerbslosigkeit	37
b) Besondere Bedeutung der ausländischen Erwerbsbevölkerung	39
c) Abhängige Beschäftigung	41
d) Struktur der Arbeitgeber	43
e) Kernarbeitsbedingungen und subjektive Wahrnehmung der Arbeitswelt	43
2. Die Wissenschaft auf der Suche nach dem „helvetischen“ Kapitalismus	45
3. Untersuchungsmethode	48
a) Grenzen der vergleichenden Untersuchungsmethode	48
b) Das System der Industrial Relations als Untersuchungsgegenstand	49
c) Pfadabhängigkeit und evolutorischer Untersuchungsansatz	51
d) Gang der Untersuchung: Die Bundesverfassung als Grundlage der Systembetrachtung	52
aa) Die Arbeitsverfassung als Grundordnung der Arbeitswelt	53
bb) Verhältnis der Arbeitsverfassung zur Wirtschaftsverfassung	54

cc) Verhältnis der Arbeitsverfassung zur Sozialverfassung	55
dd) Die Bundesverfassung als Orientierungsrahmen für die Entwicklung der Industrial Relations	57
 B. Bundesstaatsgründung 1848 und Ausgangssituation für die Entwicklung der Industrial Relations	
	59
I. Verhältnisse in der Schweiz vor Gründung des Bundesstaates	59
1. Die alte Eidgenossenschaft (bis 1798)	59
2. Erste Erfahrung mit dem Einheitsstaat zu Zeiten der Helvetik (1798-1803)	60
3. Mediation und Restauration (1803-1830): Rückkehr zur Souveränität der Kantone	61
4. Die Zeit der Regeneration (ab 1830): Siegeszug des Liberalismus	62
II. Bundesstaatliche Grundordnung nach der Bundesverfassung von 1848	63
1. Errichtung eines schweizerischen Binnenmarktes	63
2. Beförderung der gemeinsamen Wohlfahrt als Bundeszweck	63
3. Vereinsfreiheit als Voraussetzung kollektiver Kräfte in der Arbeitswelt	65
4. Staatliche Willensbildung im neu gegründeten Bundesstaat und Neokorporatismus	67
III. Anfänge kollektiver Interessenorganisation auf Arbeitnehmer- und Arbeitgeberseite	69
1. Von Handwerksvereinen zu ersten Gewerkschaften	70
a) Handwerksvereine ab den 1830er Jahren	70
b) Berufsverbände der Industriearbeiterschaft im Zuge der Ersten Internationalen	72
c) Eigenständige Organisierung der Angestellten	73
2. Die erste Organisierung der Arbeitgeber	74
a) Unternehmerverbände aus wirtschaftspolitischen Motiven	75
b) Arbeitgeberwohlfahrtsvereine als erste unternehmerische Antwort auf die soziale Frage	76
c) Erste Arbeitgeberzusammenschlüsse zur Streikabwehr	76
IV. Fazit zur Ordnung der schweizerischen Arbeitswelt im 1848 gegründeten Bundesstaat	77

C. Entwicklung der Industrial Relations unter der totalrevidierten Bundesverfassung von 1874	79
I. Verhältnis des Staats zur Wirtschaft im Lichte der Handels- und Gewerbefreiheit	79
1. Ideengeschichtlicher Hintergrund der Handels- und Gewerbefreiheit	80
2. Sozial motivierte Beschränkungsmöglichkeiten der Handels- und Gewerbefreiheit	81
3. Wirkungen der Handels- und Gewerbefreiheit auf die Entfaltung kollektiver Kräfte am Arbeitsmarkt	84
4. Fazit: Staatsfreie Entfaltung der Wirtschaft als ordnungspolitischer Grundentscheid	86
II. Aufbau eines bundesstaatlichen Ordnungsrahmens für die Arbeitswelt	86
1. Art. 34 BV 1874 und das Fabrikgesetz von 1877	87
a) Zustandekommen des Fabrikgesetzes als Beleg des schweizerischen Neokorporatismus	89
aa) Einbindung der Arbeitnehmer und Arbeitgeber in die Entstehung des Fabrikgesetzes	89
bb) Referendum gegen das Gesetz und knappe Annahme in der Volksabstimmung	90
b) Kernregelungen des Fabrikgesetzes von 1877	92
c) Vollzug des Fabrikgesetzes durch die Kantone unter Aufsicht des Bundes	94
d) Das Problem des auf Fabriken beschränkten Anwendungsbereichs	94
e) Fabrikgesetz und Internationalisierung des Arbeitsschutzes	95
f) Fazit zur Bedeutung des Fabrikgesetzes von 1877	97
2. Art. 64 BV 1874 und die liberale Ordnung des Dienstvertragsrechts im Obligationenrecht	98
a) Geringe Arbeitnehmer schützende Wirkung des Dienstvertragsrechts von 1881	98
b) Gescheiterter parlamentarischer Vorstoß zur Verstärkung des Kündigungsschutzes	99
3. Gescheiterte berufsgenossenschaftliche Ordnung des Gewerbes	100
4. Die erste arbeitsrelevante Volksinitiative: „Gewährleistung des Rechts auf Arbeit“	103
5. Fazit: Privatautonomie und begrenzter staatlicher Zwang als Grundsäulen der Arbeitsordnung	105

III. Organisierung sozialpolitischer Interessenverbände und kollektiver Arbeitsmarktakteure	107
1. Aufbau dach- und branchenverbandlicher Organisationsstrukturen der Arbeitnehmer	107
2. Gegenläufige Pluralisierung der Verbandslandschaft der Arbeitnehmer	110
3. Neuausrichtung der Angestelltenorganisationen	111
4. Neuorientierung und -organisierung der Arbeitgeber zur Abwehr von Sozialpolitik und Arbeitskampfmaßnahmen	112
5. Entwicklung der kollektivvertraglichen Beziehungen	114
6. Fazit: Bedeutungszuwachs kollektiver Akteure als Gestaltungskraft in der Arbeitswelt	116
IV. Revision des bundesstaatlichen Ordnungsrahmens ab der Wende zum 20. Jahrhundert	117
1. Anpassung des Dienstvertragsrechts an die Besonderheiten der Arbeitswelt (1911)	118
a) Erweiterte Regelungen zum Vertragsverhältnis zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber	119
b) Der Gesamtarbeitsvertrag als Regelungsinstrument kollektiver Vertragsbeziehungen	120
c) Der Normalarbeitsvertrag als Instrument zur Schließung spezifischer Regelungslücken	125
d) Fazit zu den revidierten Vorschriften über den Dienstvertrag im Obligationenrecht	126
2. Die Revision des Fabrikgesetzes (1914)	127
a) Erneute Einbindung der Verbände in das Gesetzgebungsverfahren	127
b) Festlegungen zu den Arbeitsbedingungen, insbesondere zur Höchstarbeitszeit	128
c) Anhörung der Arbeitnehmer oder Arbeiterkommission vor Erlass der Fabrikordnung	129
d) Institutionalisierung von Schlichtungsmechanismen für kollektive Streitigkeiten	131
e) Mittelbare Einbindung der Arbeitnehmer und Arbeitgeber in den Gesetzesvollzug	134
f) Ungelöstes Problem des eingeschränkten Anwendungsbereichs des Fabrikgesetzes	135
3. Fazit: Erste Institutionalisierung von Kollektivkräften in der Rechtsordnung	136

V. Landesstreik von 1918 und die veränderte Sicht auf die Arbeitswelt	137
1. Hintergründe des Landesstreiks	137
2. Wirkungen des Landesstreiks auf den bundesstaatlichen Ordnungsrahmen der Arbeitswelt	139
a) Verankerung der 48-Stunden-Woche im bereits revidierten Fabrikgesetz	139
b) Gescheitertes Bundesgesetz betreffend die Ordnung des Arbeitsverhältnisses	140
aa) Gründe für den geplanten Eingriff des Staates in die privatautonome Lohnfixierung	141
bb) Art und Umfang des geplanten staatlichen Eingriffs in die Lohnfindung	143
cc) Scheitern des verabschiedeten Gesetzes im Volksentscheid und Folgen	145
c) Initiativen zur obligatorischen Einführung von Arbeiterkommissionen in Betrieben	147
3. Wirkungen des Landesstreiks auf die Tarifbeziehungen	148
4. Fazit: Der Landesstreik als Anstoß für eine veränderte Sicht auf die Arbeitswelt	150
VI. Internationalisierungsimpuls durch die Mitgliedschaft der Schweiz in der IAO ab 1919	151
1. Der Beitritt zum Völkerbund im Lichte der Neutralitätsbestrebung der Schweiz	151
2. Wirkung der Mitgliedschaft in der IAO auf die Schweizer Arbeitswelt	152
a) Ratifizierungsverhalten der Schweiz aus quantitativer und vergleichender Perspektive	153
b) Gründe für das Ratifizierungsverhalten der Schweiz	155
c) Implementierung von IAO-Regelungen auf nationaler Ebene	158
d) Zukünftige Bedeutung der IAO-Mitgliedschaft der Schweiz	160
3. Fazit: Begrenzter Einfluss internationaler Sozialstandards auf die Schweizer Arbeitswelt	162
VII. Wirkung von Krisen- und Kriegszeiten auf die Entwicklung der Industrial Relations	163
1. Staatliche Eingriffe in den Arbeitsmarkt zur Bewältigung der Nachkriegskrise	163
2. Auslotung der Grenzen staatlicher Eingriffsbefugnisse in der Weltwirtschaftskrise	166
a) Temporäre Maßnahmen des Bundes zur Krisenbekämpfung	166

b) Die Frage einer temporären Änderung der Wirtschaftsordnung zur Krisenbekämpfung	168
c) Volksabstimmung über eine Ausweitung der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen	169
3. Stabilisierung des kollektiven Kräftekspels am Arbeitsmarkt	170
a) Betriebliche versus überbetriebliche Regelungsebene	172
b) Das Friedensabkommen von 1937 und seine Wirkungen auf die Arbeitswelt	173
aa) Hintergründe des Zustandekommens des Friedensabkommens	174
bb) Inhalt des Friedensabkommens von 1937	177
cc) Fortentwicklung des Friedensabkommens	178
dd) Das Friedensabkommen in seiner heutigen Fassung	181
ee) Friedensabkommen und Durchbruch der Idee von Kollektivvereinbarungen	184
c) Exkurs: Später Durchbruch endgültiger Verhandlungsbereitschaft gegenüber den Angestelltenverbänden	188
4. Staatliche Lohnpolitik während des Zweiten Weltkriegs	189
a) Allgemeinverbindlicherklärung: Vom Krisen- zum Dauerinstrument	189
aa) Die Allgemeinverbindlicherklärung im Bundesgesetz über die Heimarbeit (1940)	190
bb) Allgemeine Ermächtigung zur Allgemeinverbindlicherklärung ab 1941	191
b) Lohnbegutachtungskommission und Stabilisierungsabkommen	194
5. Fazit: Stärkere Rolle des Staates in Krisenzeiten und die Anfänge der Sozialpartnerschaft	196
 D. Entwicklung der Industrial Relations nach Teilrevision der Bundesverfassung 1947	199
 I. Neubewertung der Rolle des Staates durch die Revision der Bundesverfassung	199
1. Hintergrund der Teilrevision und Grundsatzfragen der Neuausrichtung	200
a) Die Rolle des Staates in der Wirtschaft	201
b) Die Rolle der Verbände im Staat	202
c) Revisionsbedarf der Verfassung	203

d) Auslotung der Wirtschaftsordnung in drei Volksentscheiden	205
aa) Ablehnung der Volksinitiative „Recht auf Arbeit“	205
bb) Ablehnung der Volksinitiative „Wirtschaftsreform und Rechte der Arbeit“	207
cc) Annahme der von der Bundesversammlung beschlossenen Verfassungsänderung	209
2. Systematik der neu ausgerichteten Wirtschafts- und Arbeitsverfassung	209
a) Die Wirtschaftsordnung im Lichte des Grundsatzes der Handels- und Gewerbefreiheit	210
b) Staatliche Beschränkungsmöglichkeiten der Wirtschaft aus sozialpolitischen Gründen	211
3. Die veränderten Kompetenzen des Bundes zur Gestaltung der Arbeitswelt	211
a) Art. 34ter Abs. 1 lit. a) BV: Arbeitsschutz	212
b) Art. 34ter Abs. 1 lit. b) BV: Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern	212
c) Art. 34ter Abs. 1 lit. c) und Abs. 2 BV: Allgemeinverbindlicherklärung	214
4. Neue Kompetenzen des Bundes zur Lösung von Arbeitsmarktproblemen	215
5. Verfestigung der Konsensorientierung in der staatlichen Willensbildung	217
a) Art. 32 Abs. 3 BV: Anhörungsrecht der Verbände im Gesetzgebungsverfahren	217
b) Politische Integration der Sozialdemokratie durch Ausbau der Konkordanzdemokratie	218
6. Fazit: Die neue stärkere Rolle des Staates in der Arbeitswelt	219
II. Konsolidierung und Ausbau des bundesstaatlichen Ordnungsrahmens für die Arbeitswelt	221
1. Revision des rechtlichen Rahmens für das Gesamtarbeitsvertragswesen	221
a) Ergänztes staatliches Vermittlungsangebot für Kollektivstreitigkeiten	222
aa) Hintergründe der erweiterten gesetzlichen Regelung	223
bb) Grundprinzipien des staatlichen Vermittlungsangebots	224
cc) Heutige Bedeutung des staatlichen Vermittlungsangebots	225

b) Erneuerung des Ordnungsrahmens für Gesamtarbeitsverträge im Obligationenrecht	226
aa) Erweiterte Regelungsmacht: Legalisierung indirekt-schuldrechtlicher Bestimmungen	228
bb) Erweiterte Möglichkeiten zur Durchsetzung gesamtarbeitsvertraglicher Bestimmungen	230
cc) Beschränkung der privatautonomen Gestaltung des persönlichen Geltungsbereichs	232
dd) Rudimentäre sonstige gesetzliche Regelungen zu den Gesamtarbeitsverträgen	236
ee) Einordnung des Gesamtarbeitsvertrags in die Hierarchie der Rechtsquellen	238
c) Die „Ökonomisierung“ des Instituts der Allgemeinverbindlicherklärung	239
aa) Voraussetzungen der Allgemeinverbindlicherklärung	240
bb) Verfahren der Allgemeinverbindlicherklärung	243
cc) Wirkungen der Allgemeinverbindlicherklärung	244
d) Fazit zum staatlichen Ordnungsrahmen für das Gesamtarbeitsvertragswesen	245
2. Umfassende bundesstaatliche Regelung des Arbeitsschutzes im Arbeitsgesetz	247
a) Der lange Weg zu einem umfassenden Arbeitsschutz auf Bundesebene	248
b) Grenzen bundesstaatlicher Regelungsmacht im Bereich des Arbeitsschutzes	250
aa) Staatliche Vorgaben kontra Selbstregulierung der Privatwirtschaft	250
bb) Aufgabenverteilung zwischen Bund und Kantonen	251
cc) Begrenzte Regelungsbefugnis der Exekutive im Verordnungswege	252
c) Inhaltliche Konzeption des Arbeitsgesetzes und ergänzende Verordnungen	253
d) Betriebsverfassungsrechtliche Aspekte des Arbeitsgesetzes	255
e) Ergänzende Sondergesetze, insbesondere Schutz von Heim- und Leiharbeitnehmern	258
aa) Heimarbeitsgesetz: „Equal-pay“ statt staatlich festgesetzter Mindestlöhne	259
bb) Der Schutz der Leiharbeitnehmer im Arbeitsvermittlungsgesetz	261
f) Fazit zum öffentlichen Arbeitsschutzrecht	265

3. Konsolidierung des rechtlichen Rahmens für Arbeitsverträge im Obligationenrecht	266
a) Hintergrund der Revision	267
b) Vertragsfreiheit und ihre Beschränkung durch zwingendes Gesetzesrecht	268
c) Beschränkung bestimmter Kartellwirkungen im Gesamtarbeitsvertragswesen	269
d) Änderungen am Regelungsinstrument des Normalarbeitsvertrags	272
4. Gesamtfazit zur Konsolidierung und Erweiterung der drei Säulen des staatlichen Ordnungsrahmens für die Arbeitswelt	272
III. Die zunehmende Bedeutung der Volksinitiative als Mittel zur Gestaltung der Arbeitswelt	274
1. Volksinitiativen mit dem Ziel der Gestaltung der Arbeitsbedingungen	275
a) Volksinitiativen zur Beschränkung der Arbeitszeit	276
b) Volksinitiativen betreffend die Dauer der Ferien	279
aa) Volksinitiative „Für eine Verlängerung der bezahlten Ferien“	279
bb) Volksinitiative „6 Wochen Ferien für alle“	282
c) Volksinitiative „Kündigungsschutz im Arbeitsvertragsrecht“	282
aa) Entwicklung des Kündigungsschutzes bis zur Volksinitiative	283
bb) Ziele der Volksinitiative	285
cc) Änderung des Kündigungsschutzes im Obligationenrecht als indirekter Gegenvorschlag	285
dd) Nachfolgediskussionen zum gesetzlichen Kündigungsschutz	286
2. Volksinitiative „Für die Mitbestimmung der Arbeitnehmer“	289
a) Grad der Institutionalisierung der Arbeitnehmerbeteiligung Anfang der 1970er Jahre	290
aa) Vorgaben des Gesetzgebers und Forderungen nach gesetzlicher Regelung	290
bb) Gesamtarbeitsvertragliche Vereinbarungen zur Arbeitnehmerbeteiligung	292
b) Mitbestimmungsinitiative der Gewerkschaften und dahinter stehende Programmatik	293
c) Kritik an der Mitbestimmungsinitiative	295
d) Entwurf eines Gegenvorschlags des Bundesrates	297
e) Gegenvorschlag der Bundesversammlung	299

f) Scheitern der Mitbestimmungsinitiative und des Gegenvorschlags	299
g) Nachfolgende Diskussionen über die Mitbestimmung	302
3. Exkurs: Volksinitiative „Gleiche Rechte für Mann und Frau“	303
4. Ausblick: Volksinitiativen zur staatlichen Lohnpolitik	305
a) Volksinitiative „1:12 – Für gerechte Löhne“	305
b) Die Volksinitiative „Für den Schutz fairer Löhne (Mindestlohn-Initiative)“	307
c) Bedeutung der beiden Volksinitiativen für die Fortentwicklung der Industrial Relations	308
5. Fazit: Die Volksinitiative als direktdemokratisches Gestaltungsmittel der Arbeitswelt	310
IV. Europäisierung, Flexibilisierung, Veränderung der Verbandslandschaft	312
1. Die Wirkungen des europäischen Integrationsprozesses auf die Schweizer Arbeitswelt	313
a) Die Schweiz als Mitglied der OECD und der EFTA	314
b) Die Entwicklung der Beziehungen der Schweiz zur EWG	315
c) Der gescheiterte Beitritt der Schweiz zum EWR	316
d) Die außenpolitische Positionierung der Schweiz nach dem EWR-Nein	317
e) Das Mitwirkungsgesetz als freiwillige Umsetzung von Unionsrecht trotz EWR-Neins	318
aa) Entstehung des Mitwirkungsgesetzes	319
bb) Institutioneller Rahmen der Mitwirkung	321
cc) Mitwirkungsrechte der Arbeitnehmer	322
dd) Fazit zur gesetzlichen Verankerung der Mitwirkung	323
f) Die Vereinbarung sektorieller Abkommen mit der EG: „Bilaterale I und II“	325
g) Grundzüge des Freizügigkeitsabkommens	327
h) Die sog. flankierenden Maßnahmen zum Freizügigkeitsabkommen	329
aa) Einhaltung von Mindestarbeitsbedingungen und Unterbindung von Lohndumping	330
bb) Institutioneller Rahmen der flankierenden Maßnahmen	332
cc) Wirkungen der Personenfreizügigkeit und der flankierenden Maßnahmen in der Praxis	333
dd) Geplanter Ausbau der flankierenden Maßnahmen	335
i) Ausblick zum bilateralen Weg der Schweiz	338
j) Exkurs: Die Schweiz als Mitglied des Europarats	340

2. Flexibilisierung der Arbeitsordnung und Bedeutung des Referendums	341
3. Veränderung der Verbandslandschaft und Wirkungen auf die kollektive Regelungsebene	343
a) Konzentrationsprozess bei den Arbeitnehmerverbänden	344
b) Sinkende Mitgliederzahlen und abnehmender Organisationsgrad auf Arbeitnehmerseite	348
c) Entwicklungen in der Organisation der Arbeitgeber	352
d) Wirkungen der veränderten Verbandslandschaft auf die Gesamtarbeitsvertragsebene	353
E. Die Industrial Relations im Lichte der totalrevidierten Bundesverfassung von 1999	358
I. Grundaussagen der Wirtschaftsverfassung über die Ordnung der Arbeitswelt	359
1. Niederlassungsfreiheit (Art. 24 BV)	359
2. Wirtschaftsfreiheit (Art. 27 BV)	360
3. Eigentumsgarantie (Art. 26 BV)	361
II. Sonderordnung des Arbeitsmarktes: Koalitions- und Arbeitskampffreiheit	362
1. Koalitionsfreiheit (Art. 28 Abs. 1 BV)	362
2. Arbeitskampffreiheit (Art. 28 Abs. 2 bis 4 BV)	364
III. Ziele, Aufgaben und Kompetenzen des Staates im Bereich der Arbeit	367
1. Gleichstellung von Mann und Frau betreffend die Arbeit (Art. 8 Abs. 3 BV)	367
2. Angemessene, den Lebensunterhalt sichernde Arbeitsbedingungen (Art. 41 Abs. 1 lit. d BV)	368
3. Gesetzgebungskompetenzen für den Bereich der Arbeit	369
IV. Fazit zu den Wirkungen der revidierten Arbeitsverfassung	370
F. Schlussbemerkungen	372
Literaturverzeichnis	383
Verzeichnis zitierter Dokumente des Bundesrates	401